Politik

Johannes Varwick: Wäre das BSW „Steigbügelhalter der AfD“, wäre ich schon lange weg

Das BSW hat sich umbenannt, im November steht der Parteitag an. „Freitag“-Chefredakteurin Elsa Koester riet der Partei: „Aufhören, jetzt“. Ein Mitglied der Grundwertekommission hält dagegen – und benennt, was in Sachsen-Anhalt schieflief

Von **Johannes Varwick**
03.11.2026

Diesen Artikel anhören

00:00 / 06:32 1X

AI Voice by BotTalk

Es gärt innerhalb des gerade umbenannten „Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“. Aber zugleich gärt es im deutschen Parteiensystem. Und beides hängt miteinander zusammen. Im *Freitag* ist eine Reihe von Beiträgen erschienen, die sich kritisch mit diesen Gärungsprozessen auseinandersetzen. Völlig zu Recht. „Das war‘s für mich, Sahra Wagenknecht“, schrieb die Chefredakteurin Elsa Koester jüngst. Sie sieht die Partei, die einst angetreten sei, die AfD zu schwächen, nunmehr auf dem Weg, eben jener AfD an die Macht zu verhelfen. Ihr Rat: „Aufhören, jetzt“.

Wenn die Diagnose einer Rechtsverschiebung des BSW und einer Positionierung als Steigbügelhalter der AfD stimmen würde, wäre ich schon lange weg. Ich kann nicht ausschließen, dass es doch noch so weit kommt. Doch die Dinge sind, und so viel Differenzierung sollte auch im politischen Nahkampf er-

Empfehlung der Woche

Buch Film **Ausstellung**

laubt sein, komplexer. Die strukturierende Funktion des Links-Rechts-Schemas für die politische Lagerbildung nimmt ab. Wie die Politikwissenschaftler Richard Katz und Peter Mair argumentiert haben , verlieren etablierte Parteien als „staatlich verwobenes Kartell“ an gesellschaftlicher Verankerung. Zentrale Probleme werden nicht gelöst oder nicht einmal glaubwürdig adressiert und die „Mitte“ destabilisiert sich selbst.



Kult Katze!
Übersee-Museum Bremen

Sonderausstellung
Übersee-Museum
Bahnhofspl. 13, 28195 Bremen
Vom 10. Oktober 2026 bis zum 30. Mai 2027!

Zur Empfehlung

Das BSW bleibt jenseits der AfD die erfolgreichste Parteigründung der vergangenen 30 Jahre

Das lässt Raum für neue Parteien. Nicht das BSW ist schuld am Aufstieg der AfD, sondern die verfehlte Politik bei Themen wie Krieg und Frieden, Rüstung, Diplomatie, Migration, Integration, Energie, Wachstum, Ungleichheit, Wohnen, Meinungsfreiheit und anderem mehr.

In diesen Raum ist das BSW vergleichsweise erfolgreich eingedrungen. In allen fünf Wahlen des Jahres 2026 erreichte das BSW um die fünf Prozent der Stimmen, aber nur einmal, in Sachsen-Anhalt, mit 5,3 Prozent genug zum Einzug in ein Parlament. Damit sind nicht alle Blütenträume wahr geworden, aber das BSW bleibt jenseits der AfD die erfolgreichste Parteigründung der vergangenen 30 Jahre. Das erreichte sie weder als Linke 2.0 ohne Wokeness, noch als sozialere AfD ohne Rassismus. Sondern als Partei, die einige der zentralen Repräsentationslücken deutscher Politik verkleinern will: für Diplomatie und gegen Militarisierung, für wirtschaftliche Vernunft in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und für Meinungsfreiheit statt immer engerer Meinungskorridore.

Dass das BSW als Kleinpartei keine eigene Mehrheit hat, sondern allenfalls punktuell Einfluss nehmen kann, liegt ebenso in der Natur der Sache wie der Umstand, dass noch nicht jedes Detail der Programmatik hinreichend geschärft ist. Koalieren mit der AfD will jedenfalls nun wirklich niemand im BSW, eine Minderheitsregierung tolerieren ebenso wenig.

Was die Reflexzonen des politischen Mainstreams massiert

Doch früher als andere Parteien versuchte das BSW, Breschen in die Brandmauer um die AfD zu schlagen, um die Partei aus der für sie komfortablen Schutzzone einer garantierten Verantwortungslosigkeit zu verdrängen. Es gilt nun auszubuchstabieren, was das in der politischen Praxis, insbesondere in Sachsen-Anhalt, bedeutet. Das BSW kann und darf nicht Teil eines politischen Lagers mit der AfD werden, ohne sich jedoch deswegen in das Lager der etablierten Parteien einzugruppieren. Die Zustimmung zu einzelnen Sachfragen und selbst gemeinsame Anträge bei Interessensgleichheit massieren zwar die Reflexzonen des politischen Mainstreams. Wer weiß, wo er oder sie steht, muss darin kein Problem erkennen.

Eine punktuelle Übereinstimmung bedeutet weder eine gemeinsame politische Grundlage noch eine politische Annäherung. Es mag im BSW Stimmen und Stimmungen geben, die das anders sehen oder eine Annäherung an die AfD billigend in Kauf nehmen. In Parteien, gerade bei Neugründungen, blühen viele Blumen. Manche gefallen einem, andere nicht.

Fest steht auch: Die von mir und anderen als „Fischen im Trüben“ kritisierte Linie des Landesverbandes in Sachsen-Anhalt hat unnötige Angriffsflächen geboten. Nur ein fehljustierter politischer Kompass lässt zu, mit Querfrontbefürwortern wie *Compact*-Gründer Jürgen Elsässer, Diether Dehm oder tatsächlichen AfD-Steigbügelhaltern wie Alexander von Bismarck gemeinsam mit der Mehrheit der AfD-Landtagsfraktion in lockeren Runden fraternisierend zu verkehren.

Sachsen-Anhalt und die Lehre aus der schwarz-grünen „Pizza-Connection“

Wir wissen spätestens seit der „Pizza-Connection“ zwischen einigen jungen Bundestagsabgeordneten aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen in den 1990er Jahren, dass dies eine kulturelle Nähe voraussetzt und dann verstärkt, die dann auch in Koalitionsoptionen münden kann. Nicht zu erkennen, dass dies all jene verprellt, die zugleich der Auffassung sind, ein anderer Umgang mit der AfD jenseits der gescheiterten Brandmauer sei notwendig, muss Widerspruch und Widerstand hervorrufen. Zu dieser Einsicht muss man allerdings Sahra Wagenknecht nicht drängen, hat sie sich doch mehrfach auch öffentlich von diesen Fehlern distanziert.

Trotzdem bleibt Raum für eine Debatte über die Frage, ob es bei Sachthemen angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen BSW und AfD geben soll. Wer AfD-Wähler pauschal stigmatisiert und die politische Machtverschiebung in Sachsen-Anhalt mit 1933 gleichsetzt, schwächt die Demokratie, die er verteidigen möchte. Hysterie ist hier nicht angebracht. Es geht nicht darum, 44 Prozent der Wähler auszuschließen, sondern darum, extremistische Positionen von der Regierung fernzuhalten.

Dafür trägt angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Sachsen-Anhalt das BSW eine hohe Verantwortung. Deshalb muss deutlich bleiben, dass die AfD politischer Gegner, nicht Partner ist. Sie bietet mehr als genug Angriffsflächen und die konkrete und möglichst sachliche Auseinandersetzung mit ihrer Programmatik würde dies deutlicher sichtbar machen als ein permanentes Abgrenzungsbedürfnis.

Der Bundesparteitag Ende November in Dresden

Entscheidend ist also der Strauß, der aus diesen Einzelteilen gebunden wird. Und der sieht derzeit so aus: Die Beschlusslage auf Bundesebene und auch die politische Praxis sind trotz mancherlei Ruckelns deutlich. Weder Brandmauer, noch Kumpanei, so formulieren es die Parteivorsitzenden Amira Mohamed Ali und Fabio De Masi. Auf dem Parteitag in Dresden Ende November sollte über die strategische Ausrichtung des BSW offen diskutiert werden. Der vom Parteivorstand vorgelegte Leitantrag „ Deutschlands Abstieg stoppen – Rückkehr zur Friedensdividende“ ist dafür eine gute Grundlage. Wer die Grundrichtung der Partei verschieben möchte, sollte dort mit offenem Visier auftreten – und dann wird man sehen, wie die Partei das sieht.

„Aufhören, jetzt“ ist mithin nicht die richtige Option. Es gibt weiterhin Chancen, dass das BSW am Ende dieser Gärungsprozesse als eigenständige politische Kraft die klaffende Repräsentationslücke füllen kann, die eine radikale AfD besser nicht füllen sollte – und die zugleich die Parteigänger „unserer Demokratie“ – auch so eine der absurden Wortschöpfungen, die alle ausschließt, die nicht die traditionellen Parteien wählen – in vielen Fragen aufgerissen haben.

Johannes Varwick (geboren 1968) lehrt seit 2013 Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Er ist parteiloses Mitglied der Grundwertekommission des BSW.